

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesner
Bismarckstr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Circulstraße Riesner Nr. 22.

Nr. 284.

Freitag, 5. Dezember 1924, abends.

77. Jahrgang.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für New Yorker Absatz 10 Pfennig, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Kündigungsunterhaltungsbeilage: „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

Deutschlands Schicksalsstunde.

Von Dr. Drehsche, Freiberg.

Am 7. Dezember wird das deutsche Volk wiederum und hoffentlich zum letzten Male vor die Frage gestellt, wie es seine Zukunft gestalten will. Wir müssen uns entscheiden, ob eine nationale oder internationale Regierung unsere Geschicke bestimmen soll. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder. Ein Mittelweg ist nicht denkbar. Dies muß jedem Deutschen klar sein, wenn er an die Wahlurne tritt. Klar muß ihm sein, welche Bedeutung seine Stimme hat. Leider ist nicht jeder sich dessen bewußt, sonst würden solche Scherze — anders kann man es nicht bezeichnen — unterbleiben, alle möglichen Vereinigungen mit auf den Stimmzettel setzen zu lassen, die mit der Politik wirklich nichts zu tun haben und nur einen Verlust wertvoller Stimmen verschulden. Keine Stimme darf fehlen, wo es jetzt gilt, das Reich gegen seine inneren und äußeren Feinde zu schützen. Es gilt am 7. Dezember, was uns der 9. November anemmen, durch Klärung zu geordneten Verhältnissen wieder zu gewinnen. Der 9. November, der uns die Inflation, Verfassung, Sittenlosigkeit und allgemeine Verarmung gebracht hat, verdient nicht den Namen einer Revolution. Eine Revolution, wie die von 1848, muß stets von einer hohen, sittlichen, nationalen Idee getragen sein. Der 9. November war nur ein Ausbruch der materiellen, geistigen und sittlichen Güter des deutschen Volkes. Derselbe konnte nur in einem Walle gelingen, das jahrelange zum Klassenhass systematisch aufgeweckte, dessen Seele durch Schundliteratur und Weisheitslehre vergiftet, das durch die englische Hungerblockade körperlich und geistig geschwächt und durch die langen Kriegsjahre enger Arbeit entwürdigt und sittlich hofflos geworden war.

Was hat uns nun die sogenannte Revolution vom 9. November gebracht? Ihr Ziel war die nationale und materielle Freiheit des deutschen Volkes. Man suchte sich auf Kosten des anderen zu bereichern. Wucher- und Schiebertum stand in Blüte wie nie zuvor. Klassenhass wurde durch unabhäre, verleumderische Denkart und Hetze in der unglücklichsten Weise aufgeweckt. Es entbrannte ein Kampf gegen das Kapital, bis schließlich alle Vermögen Wertlos waren. Die früheren Unternehmungen hatten kein Vertriebskapital mehr, was zunehmende Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Dabei muß das deutsche Volk, das auf Wunsch seiner Feinde und der deutschen Sozialdemokratie sein Vaterland verlassen hat, die Unterhaltungskosten des stetig wachsenden französischen Meeres decken. Die Sozialdemokratie unterteilt so zwischen Frankreichs den Imperialismus, den sie in Deutschland bekämpft und befeuert hat, unternimmt auch nichts, wenn Glieder ihrer Partei sich in den Dienst unserer Feinde stellen und auszuhebeln suchen, ob nicht irgendein Verdacht auf Verbreitung des Verfallenen Schandvertrages unseren Feinden mitgeteilt werden könnte.

Seit dem 9. November sind durch die Herrschaft der Internationalen in Deutschland die Zustände eingetreten, die dem größten Teile des deutschen Volkes und besonders dem deutschen Arbeiter die Augen geöffnet haben, so daß man erkennt, wie die letzten Zustände das Deutsche Reich dem Untergang zuführen und deshalb mit ihnen energig aufgeräumt werden muß. Unglaube, Sittenlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Genußsucht und dadurch allgemeine Verarmung haben in erdrückender Weise zugenommen. Das Gefühl von Pflichten gegen die Volksgenossen und den Staat ist nur noch bei wenigen vorhanden. In weiten Kreisen des deutschen Volkes will man unsere trostlose Lage nicht sehen und verbißt sich mit dem Gedanken, „ich kann es nicht ändern“. Frevelhaft sind solche Gedanken, „ich kann es nicht ändern“, es gilt, zur Befreiung des Staates seine Kräfte zur Verfügung zu stellen. Um dem Deutschen Reich wieder eine innere Gesundung zu ermöglichen und eine geordnete Stellung im Rate der Völker zu verschaffen, brauchen wir keine Waffen, die man uns ja genommen hat, wohl aber müssen Nationalgefühl, Einigkeit, Sittlichkeit, Selbstbewußtsein und Pflichttreue wieder Tugenden des deutschen Volkes werden. Dann wird man das deutsche Volk beachten.

Es gilt deshalb am 7. Dezember, sein Nationalgefühl zu betätigen und geschlossen national zu wählen. Nur eine nationale Regierung wird, frei von Sonderinteressen, ihre ganze Kraft einsetzen, um eine Gesundung des Deutschen Reiches und dadurch auch der Verhältnisse jedes einzelnen zu erreichen. Die Frage muß vorläufig zurücktreten, ob das Deutsche Reich Republik oder Monarchie ist, zunächst jedenfalls darf es keine internationale Republik sein, wie es jetzt oft der Fall war, wo die Interessen der Partei und anderer äußerer Feinde in zu hohem Grade berücksichtigt wurden. Darum, wer sich von dem Parteigang leiten lassen und geordnete Verhältnisse wieder herbeiführen will, wer will, daß ein gemeinsames in der ganzen Welt beachtetes Deutschland, für das keine Schöne Blüt und Leben geopfert haben, wieder erheben soll, der gebe am 7. Dezember seine Stimme einer von den beiden großen rechtsstehenden nationalen Parteien.

Kollet verlangt doch Umgruppierung der deutschen Reichswehr.

* Genf. Die „Matin“, „Journal“ und „Tempt“ melden, daß der Kriegsminister Kollet am letzten Sonntag in einer Rede in Genf behauptet, daß die Entwaffnung Deutschlands als nicht genügend erwiesen sei und daß die alliierten Regierungen die Umgruppierungen der Reichswehr und ihrer Kommandostellen an die deutsche Regierung verlangen müßten.

Das Steuermandat der Sozialdemokratie.

Aus Mangel an ausreichenden Wahlparolen reden die Sozialdemokraten in ihren Wahlversammlungen den Arbeitern vor, daß nur der Arbeiter, Unangestellte und Beamte die Hauptlast der Steuern tragen, während sich Handel, Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und alle selbständige Schaffenden der Steuerdrückerei schuldig machen. U. a. lehrt die alte Lüge wieder, die besonders die Herren Arzt, Menge usw. verpacken, daß 93 Prozent aller Einkommensteuer von den Angestellten, Arbeitern und Beamten aufgebracht werden müßten. In Wahrheit sind es knapp 50 Prozent der Einkommensteuer, die durch den Steuerabzug von Gehalt oder Lohn einkommen, während der Hauptteil der Reichs- und Landessteuern nicht durch die Einkommensteuer, sondern durch die ungeschätzten Steuerarten von der Körperschaftsteuer, Vermögens-, Erbschafts-, Gewerbe-, Grundsteuer und 20 anderen Steuerarten bis herunter zur Grunderwerbsteuer von den selbständig Schaffenden aufgebracht werden müssen. Es steht unzweifelhaft fest und ist auch von der Reparationskommission zugegeben worden, daß die deutsche Wirtschaft viel höher mit Steuern belastet ist, wie die anderer Länder, woraus sich naturgemäß auch die Konkurrenzunfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit der ausländischen ergibt. Einen Wahlschwund ganz besonderer Art leisten sich aber die Sozialdemokraten in ihren Flugblättern und Reden jetzt vor der Wahl, indem sie ausgerechnet das hochkapitalistische Amerika anföhren und als Vorbild für Deutschland hinstellen. In den sozialdemokratischen Flugblättern heißt es, daß der amerikanische Multimillionär Henry Ford von seinem Jahres-einkommen von 10 Millionen Dollar allein 2 1/2 Millionen Dollar an Steuern für den Staat abliefern muß. Weitere ähnliche Beispiele sollen beweisen, wie Amerika seine Großkapitalisten, die es in diesem Umfange in Deutschland ja gar nicht gibt, heranzieht. Der Artikel schließt dann mit der Aufforderung: „Wäre es nicht eher kurze Anstrengung wert, die Wahlen am 7. Dezember so zu gestalten, daß sie Deutschland eine ähnliche Regelung wie die jenseits des Ozeans getroffene erlauben. Hierzu ist jetzt zu sagen, daß, wenn wirklich ein deutscher Kapitalist ein derartiges Nefeneinkommen von 10 Millionen Dollar — 42 Millionen Goldmark hätte, er in Deutschland allein an Einkommensteuer 25 1/2 Millionen Goldmark (also statt ein Viertel weit über die Hälfte) zu bezahlen hätte. Das wäre etwa das 2 1/2-fache des amerikanischen Großkapitalisten. Dazu kommen noch die weiteren Abgaben für Vermögens-, Kapitalertrags-, Gewerbe- und andere Nebensteuern.

Diese Beispiele lassen sich um ein vielfaches ergänzen und würden den Beweis liefern, daß die deutsche Wirtschaft viel schwerer für den Staat bluten muß als die anderer Länder. Wenn in dem Flugblatte der Sozialdemokraten weiter rühmend hervorgehoben wird, daß der märchenhaft reiche Herr Morgan, dessen Einkommen nicht genannt wird, mit 98000 Dollar Steuern herangezogen wird, so ist das für den größten Bankier der Welt direkt eine Kapparie. In Deutschland bezahlt bereits ein kleiner Betrieb mit etwa 100 Arbeitern im Durchschnitt an verschiedenen Steuern rund 60000 Goldmark, Betriebe mit 1000 Arbeitern natürlich viel mehr als Herr Morgan. Vielleicht erkundigen sich die Sozialdemokraten einmal bei ihrem Geschäftsfreunde, dem Geh. Kommerzienrat Anshof, ob er nicht mehr Steuern zahlen muß, als der um ein vielfaches reichere amerikanische Kollege Morgan. Nebenher sollte die Sozialdemokratie über dieses Kapitel und über die Steuerhinterziehungen der Besitzenden besser im Bilde sein, da sie über eine große Anzahl reichreicher Genossen verfügt. Die beste Auskunft über dieses Thema könnte sie nahezuheftig erlangen, von ihnen in die Darmstadt-Offize verwickelten Genossen des Ebert junior, Dellmann usw. und von den sozialistischen Millionären Elzas (siehe Schirgiswalder Affäre), Varvus, Cassiere und Kautsky. Der Arbeiter erzählt von diesen Dingen durch die sozialistische Presse selbstverständlich gar nichts. Mit den Wählern dieser sozialistischen Willkürherrschaften führt dieselbe Sozialdemokratie den Kampf mit dem Schlagworte vom Kapitalismus.

Gleichzeitige Räumung Kölns und der Ruhr?

* London. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt unter Hinweis auf die erste Beurlaubung in Deutschland über die Gerüchte, daß die britische Besetzung Kölns möglicherweise über den 10. Januar hinaus verlängert würde, sowie darauf, daß dies nach Deutschlands Ansicht eine Verletzung der ersten Verpflichtung des Vertrages sei, den die Alliierten zu erfüllen haben: „Dies würde zweifellos so sein, wenn am 10. Januar gesagt werden könnte, daß Deutschland im wesentlichen alle seine Verpflichtungen bezüglich der Reparationen und der Entwaffnung erfüllt habe. Aber bevor der Bericht der Militärkommission vorliegt, sei es unmöglich zu sagen, ob Deutschland wirklich die Zurückerstattung der Kölner Zone beanspruchen kann oder nicht; aber angenommen, Deutschland könnte sich sowohl bezüglich der Reparationen als auch der Entwaffnung rechtfertigen, so würden immer noch Gründe für ein besonderes und freiwilliges Protokoll außerhalb des Vertrags vorhanden sein, wodurch Deutschland die endgültige Räumung des Ruhrgebietes z. B. im April statt im August erhalten könnte, als

Austausch gegen die Zustimmung zu einer Verlängerung der britischen Besetzung Kölns für weitere drei oder vier Monate.“ Der Berichterstatter erklärt, eine derartige Transaktion sollte von den Deutschen begrüßt werden, und da diese außerhalb des Vertrages steht, würde sie nicht den Vertragsrechten mit Bezug auf die darauf folgende Räumung der zweiten und dritten Zone präjudizieren.

London. (Funkdruck.) „Westminster Gazette“ bemerkt zu der Entscheidung, die in einem Teil der deutschen Presse wegen der Räumung des diplomatischen Berichterstatters des Blattes, daß die Räumung Kölns aller Wahrscheinlichkeit im Januar nicht stattfinden werde, zu tage getreten sei, sie habe nicht die Ansicht, den Reaktionen in Deutschland zu helfen. Die Anträge auf Mary und Stresemann seien unklar, denn beide hätten gegenüber Downing Street die stärkstmöglichen Vorstellungen erhoben. Die Frage müsse von den Alliierten entschieden werden. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß, wenn die Räumung verschoben würde, dies nicht lange sein werde und daß, wenn die Engländer Köln verlassen, ihre Truppen ebenfalls aus dem Ruhrgebiet zurückziehen werden.

Deutsch-italienische Handelsvertragsverhandlungen.

* Rom. Gestern mittag gegen 12 Uhr wurden in Palazzo Schiavi die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen durch eine Begrüßungsrede Mussolinis und eine Antwort des deutschen Botschafters Baron Neustadt eröffnet. Die beiden Reden waren abgesehen von Ausdrücken, um jeder unerwünschten Auslegung vorzubeugen. Die kurze Rede hinterließ den Eindruck, daß beide Delegationen den Wunsch haben, die Verhandlungen möglichst schnell und unter billiger Berücksichtigung der Interessen beider Länder zum Abschluß zu bringen. Die italienische Regierung wünscht noch einige Veränderungen und Ergänzungen in der Liste ihrer Delegierten vorzunehmen, die deshalb am 6. Dezember noch nicht veröffentlicht ist. Auch der Vorsitzende der Delegation ist noch nicht bestimmt. Heute 5 Uhr nachmittags findet die erste Plenarsitzung statt, die den ersten Arbeitsplan ausarbeiten wird. Für die Sitzung ist der historische Saal im dritten Stock des Palastes hergerichtet, der früher die berühmte Bibliothek Schiavini hatte.

Rom. (Funkdruck.) Unter dem Titel „Die Bedeutung des Vorgehens“ bespricht Neustadt in einem Leitartikel die außerordentliche Fierlichkeit, mit welcher der deutsche Beginn der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen eingeleitet wurde. Die von Mussolini an den deutschen Botschafter gerichteten Worte waren im Geiste der Herzlichkeit und des gewaltigen logischen Vertrauens, welches die Verhandlungen begleitet. Das Blatt eröffnet von den Resultaten dieser Verhandlungen noch größere Herzlichkeit der beiderseitigen Beziehungen, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Offenheit, welche Italien, ohne aus dem Rahmen der Friedensverträge herauszutreten, bei allen Gelegenheiten gegenüber Deutschland bisher an den Tag gelegt hätten. Das Blatt hofft, daß die Verhandlungen einen schnellen Verlauf nehmen.

Zusammentritt des neuen Reichstags erst am 7. Januar.

* Berlin. Wie der „Berl. Lokalan.“ wissen wir wird der am 7. Dezember zu wählende neue Reichstag von Weibmachten nicht mehr zusammentreten. Der Reichstag könnte nach Feststellung der amtlichen Wahlergebnisse frühestens am 22. oder 23. Dezember die erste Sitzung abhalten. Da dieser Zeitpunkt jedoch praktisch nicht in Frage kommt, ebenso auch nicht die Zeit zwischen Weibmachten und Neujahr, werde der neue Reichstag zu seiner konstituierenden Sitzung erst Anfang Januar, und zwar am 7. Januar, zusammentreten. Die Einberufung des preussischen Landtags soll einige Tage später erfolgen.

Die Regierung und die Aufwertungsfrage.

* Krefeld. Reichsminister des Innern Dr. Jarrod hielt gestern hier eine Rede, in der er unter anderem ausführte, daß das Reichskabinett in der Aufwertungsfrage an der Auffassung gekommen sei, daß über die ursprünglichen Vorschläge und Absichten des Reichsfinanzministers hinaus dem Reichstage Vorschläge gemacht werden könnten. Kurz nach der Wahl werde eine Verordnung über die Verlängerung der Termine für die Regelung der Aufwertungsansprüche nach der dritten Steuernotverordnung erlassen.

Die Begegnung Chamberlains mit Herriot.

* Paris. (Funkdruck.) Dewore schreibt zu der heutigen Begegnung Chamberlains mit dem Ministerpräsidenten Herriot, zwei Kapitel der allgemeinen Politik würden jedenfalls die Notken der Unterhaltung betreffen, die Siderbeitzfrage und die Frage des nahen Ostens. Die letztere sei wesentlich. Es sei Aussicht darauf vorhanden, daß unter dem Druck der Dominions England sich dazu verhalten werde, eine Veränderung des Genfer Protokolls zu verlangen, die ihm jede Wirkamkeit nehme. Dafür werde es, wie man sage, einen englisch-französischen Pakt zur Verteidigung der französischen Ostgrenze anbieten. Es werde sich aber nicht verpflichten gegenüber einem Antritte, der in Oberitalien, dem Tansiger Korridor oder in Befarabien beginnen werde. Was den nahen Osten anbetrifft, so handelt es sich hier einfach um die Türkei.